

In Liechtenstein dürfen 17-Jährige bald Auto fahren

Lernfahrausweis In der Schweiz können Jugendliche ab 2021 mit 17 Jahren den Lernfahrausweis für Autos erwerben. Die Motorfahrzeugkontrolle in Liechtenstein arbeitet bis Ende Jahr ebenfalls einen Vorschlag aus, welcher begleitetes Autofahren mit 17 Jahren ab 2021 möglich machen soll. «Die EU gibt diese Möglichkeit vor. Liechtenstein hat mit der Änderung abgewartet, bis auch die Schweiz ihre Führerscheinvorschriften überarbeitet hat», erklärt Otto C. Frommelt, Amtsleiter der Motorfahrzeugkontrolle in Liechtenstein.

Auch wenn das begleitete Fahren in der Kategorie B ab 17 Jahren möglich sein wird, ist die Prüfung zum Autoführerschein weiterhin erst ab dem 18. Lebensjahr möglich. Mit dem Lernfahrausweis ab 17 haben Fahranfänger die Möglichkeit, ein Jahr lang Fahrpraxis zu sammeln. Ob sich an den allgemeinen Bedingungen für den Erwerb des Führerscheins etwas ändern wird, ist in Liechtenstein noch offen. Die Motorfahrzeugkontrolle schaue sich die rechtlichen Grundlagen in der Schweiz und der EU an und werde abwägen, welche Vorschriften sinnvoll, praktikabel und sicher sind. «Die neuen Regelungen sollen einfach sein, aber natürlich auch die Verkehrssicherheit gewährleisten», sagt der Amtsleiter weiter.

Offen sei auch noch, ob es eine Mindestanzahl an Fahrstunden oder sogar ein verpflichtendes Fahrsicherheitstraining geben werde. Ebenfalls sollen Änderungen bei den Kategorien der Motorräder umgesetzt werden. Laut Verordnungsvorschlag soll die Prüfung für Kleinmotorräder mit 50 Kubikzentimetern und einer Maximalgeschwindigkeit von 45 Kilometern pro Stunde schon ab 15 Jahren möglich sein. Bei Motorrädern mit bis zu 125 Kubikzentimetern wird die Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt. (al)

«Endlich schneller nach München»

Öffentlicher Verkehr Im Anschluss an die Hauptversammlung der Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr, Sektion Ostschweiz, lädt die IGÖV am Donnerstag, 9. Mai, 19.15 Uhr, zu einer öffentlichen Veranstaltung im historischen Saal im Hauptbahnhof St. Gallen zum Thema Fernverkehr ein. Der St. Galler Ständerat Paul Rechsteiner spricht zum Thema «Bahnzukunft St. Gallen: Wo stehen wir?». Daria Martinoni, Leiterin Region Ost beim SBB-Personenverkehr, zeigt «Perspektiven der Angebotsentwicklung in der Ostschweiz» auf. Das Referat von Armin Weber, Leiter internationaler Fernverkehr bei den SBB, steht unter dem Titel «Endlich schneller nach München, Sachstand und Perspektiven der Internationalen Verbindung Zürich-St. Gallen-München».

Im Anschluss an die Referate diskutiert IGÖV-Präsident Beat Tinner mit der Referentin und den Referenten zusammen mit Thomas Ammann, St. Galler Nationalrat und Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats, auf einem Podium. (cz)



In die Diskussion vertieft (von links): Gesprächsleiter und «Tagblatt»-Chefredaktor Stefan Schmid, der St. Galler Sicherheitsdirektor Fredy Fässler, der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni, SVP-Generalsekretärin Esther Friedli, der St. Galler Schützenpräsident Jakob Büchler und der stellvertretende «Tagblatt»-Chefredaktor Jürg Ackermann. Bild: Ralph Ribi

Kreuzfeuer um das Waffenrecht

Debatte Für die Befürworter geht es um die Sicherheit der Schweiz, für die Gegner um die Freiheit der Schweizer. Am Podium im St. Galler Pfalz Keller hat die geplante Revision des Waffenrechts zu emotionalen Voten geführt.

Noemi Heule
noemi.heule@tagblatt.ch

Es erstaunt nicht, dass rhetorisch scharf geschossen wird, wenn es um das revidierte Waffenrecht geht. An der gestrigen «Tagblatt»-Podiumsdiskussion im Pfalz Keller führen die Gegner denn auch harte Geschütze auf.

Für den St. Galler Schützenpräsidenten Jakob Büchler geht es nicht um weniger als die Freiheit der Schweizerinnen und Schweizer. «Waffenrecht ist ein Bürgerrecht», sagt er. Schützenhilfe erhält er von Esther Friedli, Generalsekretärin der SVP, die von «Angstmacherei» der Befürworter spricht. Die SVP ist die einzige grosse Partei, die am

19. Mai für ein Nein plädiert. Alle anderen sind wie der Bundesrat und die Wirtschaftsverbände für ein revidiertes Waffenrecht, weil sie andernfalls einen Bruch mit den Schengen-Staaten befürchten.

Die EU hat nach den Terroranschlägen in Europa das Waffenrecht verschärft. Als Schengen-Mitglied muss die Schweiz nachziehen. Ansonsten droht ihr innert 90 Tagen der Ausschluss aus dem Schengen-Raum, sofern sie vorher keine neue Lösung mit EU-Staaten und EU-Kommission findet. Die Schützen stören sich am Verbot halbautomatischer Waffen mit grossen Magazinen – darunter die im Sport beliebten Sturmgewehre 57 und 90. Esther Friedli pflichtet bei: «Das Gesetz

trifft die Schützen, nicht die Terroristen.»

Lästige Formulare versus Hochrisikospiegel

Die Waffen selbst rückten am gestrigen Podium allerdings in den Hintergrund. Vielmehr drehte sich die Diskussion um allfällige Konsequenzen, sollte das Volk die Vorlage ablehnen. Das Szenario eines Sicherheitsproblems zeichnet der St. Galler Sicherheitsdirektor Fredy Fässler. Die Polizei sei auf das Schengener Informationssystem (SIS) angewiesen. «Dank ihm konnten im vergangenen Jahr allein an der St. Galler Grenze 80 Kriminelle gestoppt werden.» Für Andrea Caroni, Ausserrhoder FDP-Stän-

derat, stehen einige «lästige, aber erträgliche Formulare» einem Hochrisikospiegel gegenüber. Mit Ausnahmegewilligungen soll der Waffenbesitz für Sportschützen weiterhin möglich sein. Für Caroni zeichnen sich dagegen schwerwiegende Nachteile im Tourismus und Asylwesen ab.



Diese wollen auch die Gegner nicht hinnehmen. Ihr Nein zum revidierten Waffengesetz sei kein Nein zu Schengen, betonten Friedli und Büchler. Stattdessen

wollen sie eine neue, «Schweizkompatible» Lösung aushandeln.

Gegner und Befürworter nahmen das Podium zum Anlass für Lob über die Parteigrenzen hinaus. FDP-Ständerat Andrea Caroni windet SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein Kränzchen für ihre harten Verhandlungen mit der EU, in denen sie sich für Ausnahmen starkmachte – etwa für Sportschützen oder Armeegänger. SVP-Generalsekretärin Esther Friedli traut ihrer liberalen Nachfolgerin im Justizdepartement allerdings weit mehr zu. Sie ist überzeugt, Karin Keller-Sutter würde die 90-Tage-Frist nutzen, um eine bessere Lösung auszuhandeln.

Eltern gegen die Schulpräsidentin

Protest Zwei Personen reichen bei der Thurgauer Regierungsrätin Monika Knill Aufsichtsbeschwerden ein. Sie wollen damit die Aufklärung rund um sieben Kündigungen an der Schule Wigoltingen vorantreiben.

Spätestens heute erhält Regierungsrätin Monika Knill von zwei besorgten Wigoltingern Post. Darin enthalten: eine Aufsichtsbeschwerde. Das ist ein Rechtsbehelf, der keine direkten Konsequenzen zur Folge hat, mit dem aber auf Missstände aufmerksam gemacht werden kann. Und genau das wollen die beiden Verfasser. Sie stören sich an der einseitigen Berichterstattung seitens der Schulbehörde. Es geht um einen Streit an der Oberstufe, bei dem in der Folge sieben Lehrpersonen kündigten.

Es komme lediglich die Darstellung der Schulpräsidentin sowie der Schulleitung zum Ausdruck, wird kritisiert. Insbesondere die Lehrerschaft äussere sich nicht. «Wie uns und vielen anderen Eltern bekannt ist, wird

die Rolle und das Verhalten der Lehrer – nach unserer Einschätzung bewusst – von der Schulpräsidentin und der Schulleitung falsch dargestellt», heisst es in dem Schreiben, welches der Redaktion vorliegt.

Um die Lage zu klären, formulieren die Verfasser drei konkrete Forderungen an die Regierungsrätin: Zum einen soll eine Untersuchung durch die Aufsichtsbehörde eröffnet werden. Es gelte zu prüfen, ob die Schulleitung in Zusammenhang mit der Kündigung der sieben Lehrer willkürlich und allenfalls wider Treu und Glauben gehandelt hätte. Zweitens sei den Lehrern der Schulgemeinde Wigoltingen durch den Regierungsrat im Sinne einer superprovisorischen Verfügung per sofort zu erlauben,

sich zu den Vorkommissen rund um die Kündigung gegenüber der Öffentlichkeit äussern zu dürfen. Und drittens sei eine Aufsichtsperson des Kantons betreffend die Tätigkeit der Schulbehörde Wigoltingen einzusetzen und der Behörde im Sinne einer superprovisorischen Verfügung zu verbieten, weitere Personalentscheidungen zu treffen, bis die Untersuchung abgeschlossen sei.

«Weit entfernt von der Wahrheit»

Die beiden Verfasser stört, dass sie sich als Eltern im Unklaren gelassen fühlen. Sie wüssten nicht, was tatsächlich an der Oberstufe vorgefallen sei, was nun zum Lehrere Exodus mit sieben Kündigungen geführt habe. «Auf jeden Fall ist die Darstellung der Schul-

präsidentin nach den uns vorliegenden Informationen weit entfernt von der Wahrheit. Die Schulpräsidentin nutzt ihre Stellung aus, um eben diese Wahrheit unter dem Deckel zu halten.»

Dann kommen die beiden Verfasser auf die Schülerversammlung vom vergangenen Donnerstagmorgen zu sprechen. «Bei diesem Treffen kam klar zum Ausdruck, dass die Schüler beeinflusst und zu Gunsten von Schulpräsidentin Nathalie Wasserfallen und den beiden Schulleitern Mirko Spada und Philipp Zimmer instrumentalisiert werden sollten.» Dass die Schulpräsidentin nun in der Presse ihrerseits den Eltern vorwerfe, die Kinder zu instrumentalisieren, sei «klare Behördenwillkür». Die beiden Verfasser sprechen von

zahlreichen Kündigungen, die sich seit Antritt der neuen Behördenmitglieder in Wigoltingen ereignet hätten. Es ergebe sich die Frage, ob die Schulpräsidentin im Stande sei, die personelle Führung richtig auszuüben oder ihr diese zu entziehen sei.

An der Pressekonferenz am Montagmorgen machte Schulpräsidentin Nathalie Wasserfallen klar: Es gebe keinen Maulkorb für die Lehrer, aber auch keine – wie von einigen Eltern gefordert – öffentliche Aussprache. Was es aber bestimmt geben werde, sei ein Neuanfang an der Sekundarschule Wigoltingen. Bereits wurden fünf neue Sekundarlehrpersonen eingestellt.

Sabrina Bächli
sabrina.baechli@thurgauerzeitung.ch